

Der Punkt ist aber ein ganz anderer; ich komme damit zu Ihrer Forderung einer Rückkehr zum 18-monatigen Referendariat. Es gilt hier, den Blick auf das große Ganze zu richten: Die Probleme, die die Lehramtskandidatinnen und -kandidaten schildern, sind zum Teil verschleppte Probleme aus dem Studium. In mehreren Anträgen hat meine Fraktion in den letzten Jahren immer wieder deutlich gemacht, dass die Lehrkräfteausbildung erstens nicht bedarfsgerecht und zweitens das Zusammenspiel der drei Phasen der Lehrerinnen- und Lehrerbildung absolut verbesserungswürdig ist. Mit Blick auf den einjährigen Vorbereitungsdienst bezieht sich dies insbesondere auf die schulpraktische Kompetenzentwicklung, also auf die erste Phase. Dort braucht es viel mehr Berufsfeldorientierung und Fachdidaktik, Praxisbezug, Orientierung am Rahmenlehrplan, mehr Professorinnen und Professoren mit Lehramtshintergrund.

Und wie lange reden wir schon von der dritten Phase, der Berufseingangsphase in den ersten Jahren als Lehrkraft! Hier sind Verbesserungen nötig, denn die gibt es noch gar nicht. Genauso lange reden wir von der besseren Verzahnung der drei Phasen. Das alles wurde von der Linksfraktion beantragt, von den SPD-geführten Ministerien jedoch nicht umgesetzt.

Wir erkennen an, dass die Bedingungen derzeit wirklich sehr schwierig sind. Ich bin mir aber sicher, dass das Gespräch im Ausschuss für eine bessere Kommunikation und ein individuelles Eingehen auf die Lehramtskandidatinnen und -kandidaten gesorgt hat.

Was wir aber tun müssen, ist, Bedingungen zu schaffen, die ein einjähriges Referendariat - und ich sage ganz klar: mit einer flexiblen Möglichkeit der Verlängerung; dafür hatte ich damals plädiert, das wollten wir, das ist an der SPD gescheitert - ermöglichen. Dazu liegen der Landesregierung genug Vorschläge vor. Im Übrigen muss das MBS den Vorbereitungsdienst auch evaluieren - dazu sind Sie verpflichtet -, damit man dann schauen kann, welche Voraussetzungen man schaffen muss, damit ein zwölfmonatiger Vorbereitungsdienst gerechtfertigt ist.

Sie können sich sicher sein, dass meine Fraktion dieses Thema immer wieder aufgreifen wird. Aber die Pandemie ist nicht der geeignete Ausgangspunkt, hier Änderungen herbeizuführen. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Das Wort geht nun an den Abgeordneten Hoffmann für die Fraktion der CDU.

Herr Abg. Hoffmann (CDU):

Herr Vizepräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die AfD versucht sich wieder einmal als Anwalt der Lehrkräfte zu inszenieren, in diesem Fall als Anwalt der angehenden Lehrkräfte. Das ist auch grundsätzlich in Ordnung; es spricht gar nichts dagegen. Wir haben dieses Thema im Ausschuss durchaus kontrovers diskutiert. Nun liegt also ein Antrag der AfD vor, dessen zentrales Motiv die Entlastung ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen von der AfD, ich hoffe, dass Sie dieses Motiv der Entlastung auch künftig berücksichtigen und nicht wieder vergessen, wie Sie es vorhin offenbar schon getan haben, als es um den Antrag der Linken ging und Sie wieder einmal die Möglichkeit von Samstagsunterricht oder dezentralen Prüfungen gefordert haben. Das alles bedeutet das

Gegenteil von Entlastung; es würde eher zusätzliche Belastungen bedeuten.

Nun zum Antrag. Ich will schlaglichtartig auf einige Punkte eingehen; die Kolleginnen Poschmann und Dannenberg haben schon einiges gesagt. Zum ersten Punkt: Die Regelungen der Ordnung für den Vorbereitungsdienst sehen bereits vor, dass man diesen pandemiebedingt um vier Monate verlängern kann. Wir haben darüber diskutiert und haben auch die Argumente gehört, warum das für Lehramtskandidaten nicht sonderlich attraktiv ist. Die Begründung war, dass man einen Antrag stellen muss und dann auch ein zweimonatiges Loch hat.

Nach wie vor teile ich diese Kritik nicht, weil das MBS natürlich auch unterjährig Lehrkräfte einstellt, nicht zuletzt deshalb, weil man weiß, dass neue Lehrkräfte nicht einfach so vom Baum fallen. Der Einstieg sollte also für alle, die verlängern wollen, machbar sein. Eine Verlängerung von vier Monaten kann in angemessener Weise dazu beitragen, erfolgreich abschließen zu können.

Ich komme zu einem zweiten Punkt, auf den ich eingehen möchte: die Wiederholung der Unterrichtsprobe. Da bleiben Sie etwas vage. Ich kann nicht so genau erkennen, was denn „coronabedingte Umstände“ ausmachen soll, auf deren Anwendung der Lehramtskandidat vor und während der Lehrproben keinen Einfluss nehmen konnte. Was das konkret heißt, sagen Sie nicht.

Ganz abgesehen davon, dass die Umsetzung Ihres Vorschlags für die organisatorische Planung der Beteiligten ziemlich herausfordernd wäre, suggerieren Sie eine fehlende Flexibilität, die allerdings mit der Einführung der Prüfungsersatzleistung gegeben ist. Wenn also absehbar ist, dass eine Unterrichtsprobe nicht in Präsenzform stattfinden kann, dann kann man auf dieses schriftliche Instrument zurückgreifen. Die Unterrichtsprobe muss ohnehin vorbereitet werden, und deshalb bin ich der Ansicht, dass das Wissen um die Möglichkeit der Durchführung einer Prüfungsersatzleistung den Kandidaten eher Sicherheit gibt.

Mein dritter Punkt: der Verzicht auf die mündliche Prüfung. Da frage ich mich, ehrlich gesagt, woher diese Forderung kommt, weil ich sie bislang noch nicht so deutlich vernommen habe. Gerade die mündliche Abschlussprüfung ist doch der Teil, der durch die Pandemie am wenigsten betroffen ist. Dabei sitzen die Prüflinge ganz normal vor einem sehr überschaubaren Prüfungsausschuss, und darauf kann man sich auch unter Pandemiegesichtspunkten ganz gut vorbereiten.

Abschließend möchte ich noch auf einen weiteren Punkt eingehen, und das ist Ihre Forderung, das Referendariat ab 2023 grundsätzlich wieder auf 18 Monate zu verlängern. Ja, ich war damals skeptisch, was die generelle Verkürzung des Vorbereitungsdienstes betraf, und ich bin es auch heute noch. Dabei bleibe ich. Ich bin nach wie vor nicht der Überzeugung, dass das eine Maßnahme ist, die zur Erhöhung der Qualität beiträgt.

Nach wie vor würde ich mir eine volle Flexibilität wünschen, wonach die Lehramtskandidaten selber entscheiden können, ob sie das Referendariat in 12 oder 18 Monaten ableisten wollen. Das war in den Koalitionsverhandlungen nicht machbar, weil wir in der Koalition unterschiedliche Auffassungen dazu haben. Das ist eine Erfahrung, die Sie bisher noch nicht machen mussten. Ehrlich gesagt bin ich froh, dass Sie diese Erfahrungen aller Voraussicht nach in diesem Land auch nie machen werden. Damals wurde auch beschlossen, dass es eine Evaluation zur Verkürzung des Vorbereitungsdienstes geben wird. Ich bin sehr gespannt auf die Ergebnisse. Wir werden dann genauer wissen,

was man korrigieren muss. Darüber werden wir sicher noch diskutieren.

Abschließend möchte ich sagen: Ja, es ist eine schwierige Situation, auch für die Lehramtskandidatinnen und -kandidaten. Es ist sehr schwer, es ist herausfordernd, und das wird es auch bleiben. Die Landesregierung hat darauf reagiert und hat Regelungen angepasst. Wir haben Erleichterungen auf den Weg gebracht. Wenn jetzt allerdings der Anspruch dahin geht, Rahmenbedingungen zu schaffen, bei denen so getan wird, als gäbe es diese Ausnahmesituation in Form dieser weltweiten Pandemie nicht, dann werden wir an diesem Anspruch natürlich scheitern.

Von daher glaube ich, dass die Erleichterungen und Anpassungen, die auf den Weg gebracht wurden, angemessen sind. Das ist dennoch nach wie vor eine schwierige Situation für die Lehramtskandidaten. Ich bin aber sehr optimistisch, dass wir die schwierigste Zeit bereits hinter uns haben und wir auch künftig gut ausgebildete und motivierte Lehrerinnen und Lehrer in den Landesdienst übernehmen können. Deshalb brauchen wir Ihren Antrag nicht und werden ihn ablehnen. - Danke schön.

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER spricht der Abgeordnete Stefke zu uns.

Herr Abg. Stefke (BVB/FW):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen! Die AfD-Fraktion legt uns heute einen Antrag zur Beratung und Beschlussfassung vor, der Ausnahmeregelungen für die Staatsprüfung von Lehramtskandidaten zum Inhalt hat. Dass der Schulbereich von der Coronapandemie besonders heftig betroffen ist, ist unstrittig. Das betrifft nicht nur Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch diejenigen, die auf Lehramt studieren, beispielsweise wegen ausgefallener Kurse oder Vorlesungen und Problemen bei der Onlinelehre.

Horrorszenarien, dass Referendare den Vorbereitungsdienst wegen pandemiebedingt unzumutbarer Rahmenbedingungen, Zweifeln oder unverschuldeter Überforderung abbrechen werden, um sich beruflich anderweitig zu orientieren, teilen wir jedoch nicht. Auch Befürchtungen, dass neueingestellte Lehrer, weil sie sich während der Coronakrise subjektiv schlecht auf die praktischen Herausforderungen des Lehrberufs vorbereitet fühlen oder objektiv unzureichend vorbereitet wurden, ihren Dienst in absehbarer Zeit quittieren, halten wir für deutlich übertrieben.

Der Wunsch, einen Lehrberuf zu ergreifen, ist aus unserer Sicht auch heute noch überwiegend von einer inneren Berufung geprägt. Es mag Einzelfälle geben, die in diesen herausfordernden Zeiten ihr Studium abbrechen; mit einer größeren Zahl rechnen wir jedoch nicht. Das von Ihnen angeführte Ergebnis einer Studie der Martin-Luther-Universität aus Halle-Wittenberg zu Burnout-Symptomen ist als Begründung für Ihren Antrag ungeeignet. Wenn darin festgestellt wird, dass ein Drittel der neueingestellten Lehrer aus eigenem Entschluss noch in den ersten fünf Jahren ihrer Lehrertätigkeit ausscheidet, muss die im Jahr 2021 vorgestellte Studie im Zeitraum von 2016 bis 2020 erstellt worden sein und lässt die von Ihnen abgeleiteten Zusammenhänge mit der Coronapandemie nicht zu.

In Ihrem Antrag bzw. in dessen Begründung nehmen Sie weiterhin auf den Lehrermangel in Brandenburg Bezug. Da heißt es beispielsweise:

Gerade auch mit Blick auf die Bewältigung der Langzeitfolgen der Coronamaßnahmen im Schul- und Bildungsbereich wird zukünftig jeder Referendar und jeder Junglehrer dringender benötigt denn je.

Die Beurteilung ist zutreffend, aber Ihre Schlussfolgerung falsch. Mit diesem Antrag bewirken Sie doch genau das Gegenteil, wenn Sie eine Verschiebung der Staatsprüfung oder eine Verlängerung der Vorbereitungszeit fordern.

BVB / FREIE WÄHLER haben hier einen anderen Ansatz: Lehramtskandidaten arbeiten schon heute neben dem Studium als Lehrervertretung. Sie unterrichten selbst Klassen, und sie sind je nach Stundenzahl zum Teil auch Klassenlehrer, und das über Jahre. Die Frage ist doch: Warum müssen diese Studenten überhaupt noch ein Referendariat machen, in dem sie auch noch deutlich schlechter bezahlt werden? Warum wird ihnen diese bereits geleistete Arbeit nicht als Referendarzeit angerechnet? Dies würde dazu beitragen, dass wir Lehrerinnen und Lehrer dem Schuldienst zügiger zur Verfügung stellen, sprich: dem Lehrermangel schneller abhelfen können und die Attraktivität des Lehrerberufs dadurch steigern.

Also, gut gemeint ist nicht gut gemacht. Das gilt auch für diesen Antrag. Wir müssen den Antrag daher ablehnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache mit der Kollegin Petra Budke für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Bitte schön.

Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Abgeordnete! Liebe Zuschauende! Wir haben heute bereits sehr ausführlich über die Situation an den Schulen und auch über die Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen gesprochen. Selbstverständlich stellte diese Zeit auch für die Lehrkräfte eine ganz besondere Herausforderung dar: Schulschließungen, Distanzlernen, Wechselunterricht und teilweise die vollständige Umstellung auf digitales Lernen. Das war keine leichte Zeit für alle Beteiligten, und es erforderte viel Innovationsfreude, Flexibilität und Einsatzbereitschaft. Deshalb ein Dank an alle, die mit einem solch großen Engagement diese Zeit gemeistert haben.

Zweifellos noch schwieriger war es für die Lehramtskandidierenden. In einem Brandbrief und auch in der Anhörung hier haben sie auf ihre Situation aufmerksam gemacht. Wenn Schule ganz neu organisiert werden muss und der übliche Präsenzunterricht nicht mehr stattfinden kann, wenn man sich nicht mehr persönlich trifft, um zum Beispiel die Unterrichtsvorbereitung zu besprechen, wenn man keine Beziehungen zu den Schülerinnen und Schülern aufbauen kann und wenn erfahrene Lehrkräfte plötzlich Unterricht ganz neu denken müssen, dann macht das natürlich was mit allen Beteiligten.